

Datum: **21.06.17**  
Telefon: 0 233-30786  
Telefax: 0 233-20827

Sozialreferat  
S-Z-B  
eingegangen  
23. JUNI 2017

Anlage 1

Personal- und  
Organisationsreferat  
Organisation  
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Integration von Flüchtlingen, Teilbereich Bildung, Ausbildung und Arbeit, Sicherung und Weiterentwicklung von Angeboten für Flüchtlinge“  
(Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 09024)

Sozialausschuss am 20.07.2017  
Vollversammlung am 23.11.2017

### An das Sozialreferat S-Z-B

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 12.06.2017 zur Stellungnahme bis 19.06.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um einen Empfehlungsbeschluss, in dem Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht werden.

#### **1. Aufgabe**

Sicherung und Ausbau bestehender Bildungs- und Beratungsangebote für Flüchtlinge zur Verbesserung der Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

#### **2. Geltend gemachter Kapazitätsmehrbedarf**

##### **Stellenschaffungen**

0,2 VZÄ für SB Allgemeine Verwaltung der Fachrichtung Verwaltungsdienst (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

0,5 VZÄ für Teamassistenten der Fachrichtung Verwaltungsdienst (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

##### **Befristungsverlängerungen bis 31.12.2020**

insgesamt sollen 7,5 VZÄ verlängert werden:

(Plan-)Stelle Nr.	Funktionsbezeichnung	derzeit befristet bis	besetzt seit
A419454/S12	SB Soziale Betreuung (IBZ)	30.06.2018	01.07.2015
A419455/S12	SB Soziale Betreuung (IBZ)	30.11.2018	01.12.2015
A418910/S17 (0,5 VZÄ)	SB Planung	31.03.2018	01.04.2015
A419453/S17 (0,5 VZÄ)	SB Planung	30.04.2018	01.05.2015

A422355/S17	SB Planung	30.11.2018	03.08.2016
A420092/E9c	SB Sonderaufgaben	30.09.2018	03.09.2015
B420627/A10	SB Soziale Betreuung (Servicestelle)	31.12.2018	19.10.2016
B420628/A10	SB Soziale Betreuung (Servicestelle)	31.12.2018	01.12.2016
A416812/E8 (0,5 VZÄ)	SB Allgemeine Verwaltung	31.12.2018	01.01.2016

### 3. Beurteilung des Kapazitätsmehrbedarfs

#### Ergebnis

Zu den in der Sitzungsvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage grundsätzlich zu.

#### Begründung

Eine analytische Stellenbemessung wurde bisher nicht durchgeführt. Im Rahmen des Gesamtplans Integration von Flüchtlingen wird derzeit der Bestand an Maßnahmen, Bedarfen und Herausforderungen herausgearbeitet. Die Ergebnisse werden allerdings erst im Herbst vorliegen. Somit können die Ergebnisse in diesen Beschluss noch nicht mit einfließen. Der Bedarf an Stellenschaffungen bzw. auf Verlängerung der Befristungen ist dem Grunde und der Höhe nach bei allen Funktionen nachvollziehbar.

Zu den einzelnen Bedarfen ist Folgendes festzuhalten:

#### 3.1 0,2 VZÄ für SB Allgemeine Verwaltung

Das Projekt „Schule für Alle“ unterstützt seit Jahren Münchner Schulen mit Deutschförderangeboten. Seit Beginn der Förderung von berufsschulpflichtigen Geflüchteten im Schuljahr 2011/2012 hat sich die Anzahl der Schüler von 163 auf 2000 (Bildungsbereich 2016) erhöht. Aktuell nehmen sechs Berufsschulen an dem Projekt teil. Es sollen noch weitere drei bzw. vier Berufsschulen hinzukommen. Mit der damit einhergehenden Erhöhung des Verwaltungsaufwandes soll die vorhandene Personalausstattung von 0,5 VZÄ auf 0,7 VZÄ erhöht werden.

#### 3.2 0,5 VZÄ für Teamassistenz

Der Fachbereich Beratung, Bildung und Qualifizierung nach Migration und Flucht ist von 2015 bis 2016 stark gewachsen. Die Teilung des Fachbereichs ist geplant und eine zweite Fachbereichsleitung mittels Beschluss Nr. 14-20/V6107 vom 20.07.2016 beschlossen und die Schaffung beim POR beantragt. Bislang ist keine Teamassistenz für den neuen Fachbereich vorgesehen. Die Aufgaben wurden interimweise vom Vorzimmer der Abteilungsleitung mit wahrge-

nommen. Der beantragten Stellenschaffung für drei Jahre mittels Kompensation wird seitens des POR daher zugestimmt.

### **3.3 Verlängerung der SB Soziale Betreuung (IBZ)**

Derzeit werden im Integrationsberatungszentrum Sprache und Beruf (IBZ) 13 VZÄ Berater/Beraterinnen beschäftigt. Diese bieten bildungs- und beschäftigungsorientierte Beratung für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund, insbesondere für Geflüchtete mit ungesichertem Aufenthalt an. Dabei steht die berufliche Integration im Vordergrund. 2015 wurden mittels Beschluss zwei VZÄ für 3 Jahre zugeschaltet, um den hohen Bedarf an Beratungen decken zu können. Die Agentur für Arbeit hat sich aus der Beratung von Geflüchteten aus Staaten mit unsicherer Bleibeperspektive vollständig zurückgezogen. Dieser Personenkreis wendet sich nun ausschließlich an das IBZ.

Ausgehend von 13 Berater/innen (VZÄ) geht das Sozialreferat davon aus, dass – bei einem Verhältnis von 1:350 Beratungen/Jahr/VZÄ – insgesamt 4.250 Beratungen geleistet werden können (vgl. Seite 34, Punkt 5.1.2 der Beschlussvorlage). Wie das Sozialreferat mit E-Mail vom 14.06.2017 ergänzend zur Beschlussvorlage mitgeteilt hat, wird im IBZ grds. ein Fallzahl-schlüssel von 1:250 angesetzt, ein Wert, „der sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren bewährt hat“. Da im IBZ nun das sog. Bildungsclearing vorgeschaltet ist, wird perspektivisch eine Erhöhung der Fallzahl auf 1:350 als leistbar angesehen. Eine analytische Stellenbemessung ist (noch) nicht erfolgt (vgl. auch Seite 2).

Somit ist trotz stagnierender Flüchtlingswelle der Beratungsbedarf weiterhin sehr hoch und der Bedarf an den 2 SB Soziale Betreuung weiterhin gegeben.

### **3.4 Verlängerung der SB Planung**

Im Fachbereich Beratung, Bildung und Qualifizierung nach Migration und Flucht werden zahlreiche Projekte bezuschusst. Das Aufgabenfeld der 4,6 VZÄ Sachbearbeiter/Sachbearbeiterinnen umfasst die Planung, Bereitstellung und Steuerung der Projekte in Zusammenarbeit mit Freien Trägern. Die bezuschussten Projekte haben sich von 46 (2014) auf 70 (2017) erhöht. Bei einem Schlüssel von 1:15 werden die vorhandenen Personalkapazitäten weiterhin benötigt um die auf mittlerweile 13,2 Mio. Euro (2014 lag das Volumen bei 4,8 Mio. Euro) angewachsenen Zuschussmittel zu verwalten.

### **3.5 Verlängerung der SB Sonderaufgaben**

Aufgabe der Sachbearbeitung ist es, die laufenden Projekte zu kontrollieren, Datenauswertungen zu den laufenden Zuschussprojekten zu erstellen und das dazugehörige Berichtswesen fortzuschreiben. Die Ergebnisse finden wiederum Einfluss in die Planung der Projekte. Mit dem stetigen Anstieg der zu betreuenden Projekte sowie der Erhöhung der Beratungszahlen im IBZ ist der Bedarf an der befristeten Stelle weiterhin gegeben.

### **3.6 Verlängerung der SB Soziale Betreuung (Servicestelle)**

Zur Verbesserung der Anerkennungsquote von ausländischen Abschlüssen durch die Erhöhung der Anzahl von persönlichen Gesprächen wurden in der Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen 2 VZÄ für Berater/Beraterinnen befristet geschaffen. Mit der Verlängerung dieser Kapazitäten können weiterhin mehr persönliche Beratungstermine vereinbart werden, sodass die Quote von 19% auf 35% erhöht werden kann. Trotz Verlängerung dieser Kapazitäten beträgt die Wartezeit auf einen Termin in der Servicestelle mehr als 12 Wochen.

### **3.7 Verlängerung der 0,5 VZÄ SB Allgemeine Verwaltung**

Die Sachbearbeitung arbeitet unmittelbar mit den Beraterinnen/Beratern der Servicestelle zur Erschließung von ausländischen Qualifikationen zusammen und führt für diese das Erstclearing durch. Dabei erfolgt eine Eingangs- bzw. Einzelfallberatung mit Feststellung der Bedarfslage und im zweiten Schritt, die Terminvergabe zur eigentlichen individuellen Beratung. Mit dem weiterhin starken Beratungsbedarf und den nach wie vor steigenden Beratungszahlen wird auch dieser Bedarf begründet.

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung. Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Amt für Wohnen und Migration erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

Dr. Dietrich